

Nikolai Huke*

»Ich habe nicht die Macht, das zu ändern«

Ohnmachts- und fehlende Anspruchsberechtigungs- erfahrungen als Erklärungsmodell für politische Ungleichheit

Zusammenfassung: Während Demokratie politische Gleichheit verspricht, ist sie real von Ungleichheit durchzogen. Je stärker Menschen gesellschaftlich marginalisiert sind, umso geringer ist tendenziell die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich aktiv an Wahlen oder zivilgesellschaftlichen Politikformen beteiligen. Auf der Grundlage empirischer Forschung zum Alltag von Geflüchteten zeigt der Artikel, dass Ohnmachtserfahrungen und die Erfahrung, nicht anspruchsberechtigt zu sein, für politische Nicht-Partizipation eine entscheidende Rolle spielen. Er erweitert damit bestehende politikwissenschaftliche Erklärungsmodelle politischer Ungleichheit um eine erfahrungs- und gesellschaftszentrierte Perspektive.

Schlagwörter: Demokratie, Ungleichheit, politische Teilhabe, Rassismus, Alltagserfahrung

»I don't have the power to change this«

Explaining Political Inequality through Experiences of Powerlessness and Lack of Entitlement

Abstract: While democracy promises political equality, in reality it is riddled with inequality. The more socially marginalised people are, the less likely they tend to participate in elections or civil society. Based on empirical research on everyday lives of refugees, the article shows that experiences of powerlessness and lack of entitlement play a decisive role for political non-participation. It thus extends existing political science explanatory models for unequal political participation with an experience-centred perspective.

Keywords: Democracy, Inequality, Political Participation, Racism, Everyday Experience

* Nikolai Huke ist Politikwissenschaftler und arbeitet an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Während Demokratie politische Gleichheit verspricht, ist sie real von »Achsen der Ungleichheit« (Klinger u.a. 2007) durchzogen. Beispiele sind etwa die Beteiligung von Frauen (Ahrens u.a. 2020; Sauer 2001, 2019; Sauer/Wöhl 2012), Migrant*innen (Bieling/Huke 2021; Foroutan 2019; Scherr 2015; Singer 2019) oder Armutsbetroffenen (Schäfer 2015; Voigtländer 2015): Je stärker Menschen gesellschaftlich marginalisiert sind, umso geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich aktiv an Wahlen oder zivilgesellschaftlichen Politikformen beteiligen (Huke 2021b). Als Folge davon findet nur ein Teil der gesellschaftlichen vorhandenen Alltagserfahrungen – und der mit ihnen verbundenen Interessen und Forderungen – einen politischen Ausdruck.

In der politikwissenschaftlichen Debatte werden unterschiedliche Erklärungsmodelle für politische Ungleichheit diskutiert. Während einige Arbeiten den Fokus auf das Individuum – und dessen Zeit, Geld, soziales Kapital, Kompetenzen oder politisches Wissen – richten, stehen in anderen Arbeiten Funktionslogiken des politischen Systems im Mittelpunkt, etwa Regeln, Sprache und Kultur des politischen Felds oder Ungleichheitseffekte der Parteienkonkurrenz um Wähler*innenstimmen. Sozial positionierte Alltagserfahrungen, die Menschen in einer von Ungleichheit durchzogenen Gesellschaft machen, spielen für beide Perspektiven nur eine untergeordnete Rolle.

Auf der Grundlage qualitativer Forschung zur politischen (Nicht-)Teilhabe von Geflüchteten entwickelt der Artikel demgegenüber ein *erfahrungs- und gesellschaftszentriertes Erklärungsmodell* für politische Ungleichheit. Insbesondere alltägliche Ohnmachtserfahrungen und die Erfahrung, nicht anspruchsberechtigt zu sein, so die These, haben gravierende negative Auswirkungen auf politische Partizipation. Da entsprechende Erfahrungen umso wahrscheinlicher sind, je »prekärer bzw. riskanter die Lebensumstände« (El-Mafaalani u.a. 2017: 50) sind, begünstigen sie politische Ungleichheit. Erfahrungen von Menschen in prekären Lebenslagen – und die Ungleichheitsstrukturen, die sie hervorbringen – werden in der Folge in öffentlichen Aushandlungsprozessen unsichtbar (Dutta/Pal 2010: 364; Ottersbach 2015: 295).

Der Artikel ist in vier Abschnitte gegliedert: Der erste Abschnitt skizziert den Forschungsstand zu politischer Ungleichheit und unterscheidet dabei zwischen individualistischen und systemischen politikwissenschaftlichen Erklärungsansätzen. Der zweite Abschnitt geht empirisch der Frage nach, welche Rolle sozial positionierte Alltagserfahrungen für politische Ungleichheit spielen. Der dritte Abschnitt skizziert in Grundzügen, wie Ohnmachts- und fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen als Erklärungsmodell für politische Ungleichheit fungieren können und wie sich dadurch der Blick gegenüber bestehenden Ansätzen erweitert. Das

Fazit diskutiert abschließend forschungspraktische und demokratietheoretische Konsequenzen der im Artikel entwickelten erfahrungs- und gesellschaftszentrierten Perspektive.

1. Individualistische und systemische Erklärungsmodelle für politische Ungleichheit

Demokratie setzt voraus, »dass die Anliegen aller Mitglieder die gleiche Chance haben, im politischen Prozess berücksichtigt zu werden – ungeachtet der Unterschiede zwischen ihnen« (Elsässer 2018: 12). Sie ist jedoch empirisch, so ein geteilter Befund unterschiedlicher Forschungsarbeiten der vergangenen Jahre zur Situation in Deutschland, »mit wachsender Ungleichheit konfrontiert« (Foroutan 2019: 22). Die soziale Spreizung der Partizipation hat dabei im Zeitverlauf seit den 1970er-Jahren deutlich zugenommen (Schäfer 2013). Infolge der ungleichen Partizipation »verstärkt sich der Einfluss von einkommensstarken Haushalten, während zugleich die Gefahr einer Vernachlässigung der Belange einkommensarmer Haushalte zunimmt« (Volkert 2008: 56). Die aktive Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und Protestformen ist dabei sozial selektiver als die Beteiligung an Wahlen (Böhnke 2011: 19; Klatt/Walter 2014: 159). Sie ist »in höheren gesellschaftlichen Schichten stärker ausgeprägt [...] als in unteren Schichten« (Engels 2004: 29). Der »»Aufstand des Publikums« ist in vielerlei Hinsicht ein Aufstand der [...] Ober- und Mittelschicht« (Bödeker 2012: 6), der »Chor der bewegten Bürger singt die Lieder der Mittelklasse« (Nachtwey 2016: 92). Selbst »an Protesten gegen das Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Reich nehmen überwiegend einkommensstarke und gut ausgebildete Angehörige der Mittelschichten teil« (Ottersbach 2015: 293; vgl. auch Bödeker 2012: 38).

In politikwissenschaftlichen Erklärungsansätzen politischer Ungleichheit lassen sich zwei Perspektiven unterscheiden: *Individualistische* Ansätze stellen Zeit, Geld, soziales Kapital, Kompetenzen oder politisches Wissen in den Mittelpunkt (Visser u.a. 2021: 2). Probleme für politische Ungleichheit werden dadurch implizit »eher den betroffenen Individuen und Gruppen zugeschrieben [...], die aufgrund mangelnder Kompetenzen, Motivations-, Sprach-, Wissensdefizite entpolitisiert oder politisch desinteressiert und nicht mehr mit demokratischen Grundwerten vertraut seien« (Lösch 2013: 119). Entsprechende Forschung stellt unter anderem fest, dass politische Partizipation »ein hohes Kompetenzniveau¹ in Bezug auf Verhand-

1 Hier verstanden im Sinne einer Fähigkeit, nicht im Sinne von Befugnis (wie in systemischen Ansätzen, siehe unten).

lungsgeschick, strategisches Denken, Redegewandtheit, Selbstvertrauen voraus[setzt]« (Böhnke 2011: 20; vgl. auch Jörke 2011: 16). Sozial ungleich verteiltes politisches Wissen und politische Partizipation verstärken sich demnach wechselseitig (Moosdorf 2020). Bildung erweist sich als zentrale Determinante politischer und zivilgesellschaftlicher Teilhabe (Böhnke 2011: 20). Neben Bildung spielen auch finanzielle und zeitliche Ressourcen eine Rolle für Partizipation. Engagement ist mit »Kosten und Folgekosten für Mitgliedschaften, Fahrten oder auch für die anschließende Geselligkeit, z. B. in Gaststätten, verbunden« (Voigtländer 2015: 39f.). Die Mitgliedschaft »in einer politischen Organisation ist [...] in hohem Maße vom [...] Einkommen bestimmt« (Bödeker 2012: 33). In der Folge existiert innerhalb der Zivilgesellschaft »eine grundlegende, auf ungleicher Ressourcenverteilung basierende Asymmetrie« (Winter 1997: 540).

Systemische Ansätze richten demgegenüber den Blick auf die politischen Institutionen und ihre exkludierenden Effekte. Individuen werden dabei in erster Linie in ihrer Beziehung zu den politischen Institutionen in den Blick genommen. Im Anschluss an Pierre Bourdieu und sein Konzept des Habitus (Bourdieu 1987) verstehen einige dieser Ansätze das politische Feld als »eine Art Mikrokosmos mit eigenen Regeln, einer spezifischen Sprache und einer eigenen Kultur« (Lösch 2013: 129). Damit alltägliche Erfahrungen und Interessen Eingang in das politische Feld finden, müssen sie in allgemeinen Begriffen ausgedrückt werden (Lösch 2013: 129). Legitime politische Sprechakte werden in der Regel »in Gestalt explizit politischer Denk- und Analyseprinzipien, die in einer abstrahierenden Sprache abseits von klassenspezifischen Alltagserfahrungen als nur von Experten zu beherrschende Diskurse zum Ausdruck gebracht« (Geiling 2013: 365). Sie stehen im Kontrast zum »Prinzip der auf Habitus-Dispositionen setzenden sozialen Praxis der Laien, die, weil ihnen die notwendigen Ressourcen fehlen und ihnen somit das politische Feld unzugänglich und fremd bleibt, sich notwendigerweise auf der Grundlage ihrer Alltagserfahrungen, ihres im Habitus aufgehobenen Ethos, zum Politischen verhalten müssen« (Geiling 2013: 365). Politisch ausformulierte Interessen sind, so zeigte bereits Bourdieu, in signifikanter Art und Weise abhängig von der jeweiligen sozialen Position innerhalb der Gesellschaft, etwa von Geschlecht oder Ausbildungsniveau (Bourdieu 1987: 621). Je privilegierter gesellschaftliche Gruppen sind, umso konsistenter, abstrakter und damit auch erfolgreicher artikulieren sie in der Tendenz politische Interessen (Mann 1970: 432; Weißels 2002: 151). Die Kultur des politischen Felds ist vor diesem Hintergrund sozial selektiv. Sie vermittelt den Eindruck, dass »politische Debatten, ähnlich wie Kunstgalerien und Opernhäuser,

von anderen, besser gestellten Menschen dominiert werden und für diese bestimmt sind« (Laurison 2015: 928, Übers. N.H.). Je weiter entfernt von der Alltagserfahrung politische Fragen sind, je abstrakter sie formuliert werden und je stärker sie »eine von genuin politischen Prinzipien ausgehende Antwort [verlangen]« (Bourdieu 1987: 625), umso sozial selektiver erweist sich das politische Interesse in Bezug auf die jeweilige Frage. Politische Partizipation setzt, so zeigen die an Bourdieu anschließenden Forschungsarbeiten, Kompetenz »im Sinne von Befugnis [voraus], einem gesellschaftlich gebilligten und geförderten Gefühl berechtigt zu sein, sich mit Politik zu beschäftigen, politisch zu argumentieren, über die Autorität zu verfügen, um über Politisches in politischen Begriffen zu sprechen« (Lösch 2013: 129). Politisches Wissen ist dieser Kompetenz im Sinne von Befugnis nachgeordnet. Nur diejenigen, denen »es quasi gesellschaftlich symbolisch und materiell zusteht, [neigen] [...] dazu, sich auch politische Sachkompetenzen anzueignen« (Lösch 2013: 129).

Andere systemische Ansätze heben hervor, dass »der Grad der Involvierung in die Politik nicht nur nachfrageseitig, sondern auch angebotsseitig bestimmt wird« (Weßels 2002: 146). Parteien und Parlamente werden »sozial immer homogener« (Elsässer 2018: 14), während gesellschaftlich Marginalisierte »zunehmend auf[hören], ihre Stimme im politischen Prozess verlauten zu lassen« (Elsässer 2018: 14). Insbesondere »untere soziale Schichten«, so zeigt etwa Armin Schäfer, haben zunehmend »geringe Aufstiegshoffnungen und wenden sich resigniert von der Politik ab [...]. Die im Wettbewerb Unterlegenen verzichten auf politische Partizipation, weil sie nicht mehr glauben, durch Politik ihre Lage verbessern zu können. An die Stelle des Protests gegen Ungleichheit treten Resignation und politische Apathie« (Schäfer 2008: 38). Sozial ungleiche Partizipation übersetzt sich in ungleiche Repräsentation (Schäfer 2013: 563): »Politische Entscheidungsträger orientieren sich stärker an den politisch Aktiven als an den Passiven, die weder wählen noch sich anderweitig politisch engagieren« (Schäfer 2013: 563). In der Folge wird Politik in verstärktem Maße »selektiv responsiv zugunsten der Einkommensstarken« (Elsässer 2018: 15). Es entsteht ein »Teufelskreis« (Schäfer 2015: 89) von Angebot und Nachfrage: Diejenigen, die politisch schwächer repräsentiert werden und deren Interessen parteipolitisch nur begrenzt aufgegriffen werden, verzichten auf politische Partizipation. Je stärker der Verzicht ausfällt, umso weniger berücksichtigen Parteien in der Konkurrenz um Wähler*innenstimmen die Interessen entsprechender Gruppen: »Je mehr sich jedoch die Politik an den Wählern orientiert, desto wahrscheinlicher werden politische Entscheidungen, die soziale Ungleichheit verschärfen« (Schäfer 2015: 89).

2. Alltagserfahrungen und politische Ungleichheit. Eine empirische Spurensuche

Mit Blick auf alltägliche Erfahrungen im Rahmen einer von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogenen Gesellschaft, so die These des folgenden Abschnitts, zeigt sich, dass es nicht ausreicht, politische Ungleichheit über individuelle Dispositionen oder die Funktionsweise des politischen Felds zu erklären. Zentral für politische Partizipation, so die These weiter, ist, dass sich Menschen alltäglich als handlungsmächtig und anspruchsberechtigt erfahren. Je nach sozialer Position in der Gesellschaft sind entsprechende Erfahrungen wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher. Sozial positionierte Alltagserfahrungen sind vor diesem Hintergrund eine wichtige Determinante politischer Ungleichheit.

Die These, die den Abschnitt strukturiert, ist ein zentrales empirisches Ergebnis der Forschungsprojekte »Willkommenskultur und Demokratie in Deutschland. Flüchtlingspolitische Initiativen als Orte aktiver Bürgerschaft, kollektiver Konfliktaushandlung und demokratischen Lernens« (gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung) und »Gefährdetes Leben. Alltag und Protest in Flüchtlingsunterkünften im Zuge der Coronapandemie«. Methodisch basierten beide Projekte in erster Linie auf qualitativen problemzentrierten Interviews, die – in einer pragmatischen Anwendung von Konzepten der *Grounded Theory* – mit der Software MAXQDA kodiert wurden. Während in den 63 Interviews des ersten Projekts Perspektiven von Beratungsstellen, Behörden, Ehrenamtlichen und politischen Aktivist*innen im Mittelpunkt standen (Dinkelaker u.a. 2021; Huke 2021b), wurden im zweiten Projekt 16 Bewohner*innen von Flüchtlingsunterkünften befragt, überwiegend von Erstaufnahmeeinrichtungen (Huke 2021a, 2021c).

Ein charakteristisches Element der in Interviews beider Forschungsprojekte beschriebenen Alltagserfahrungen von Geflüchteten – sei es aus ihrer eigenen oder einer externen Perspektive – sind Ohnmachts- und fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen. Entsprechende Erfahrungen entstehen entlang vielschichtiger, »intersektionaler« (Winker/Degele 2009) Macht- und Herrschaftsverhältnisse, das heißt nicht nur infolge des Asylsystems, sondern auch infolge sozialer Ungleichheit, patriarchaler Gewalt oder Rassismus. Ohnmacht bezeichnet dabei alltagssprachlich ein Gefühl der »Schwäche, Machtlosigkeit, Unmöglichkeit zu handeln« (DUDEN 2021). In wissenschaftlichen Debatten findet der Begriff unter anderem Verwendung in demokratietheoretischen Krisendiagnosen – hier in erster Linie als Ohnmacht gegenüber Institutionen und politischen Prozessen (Huke 2017) – oder arbeitssoziologischen Debatten um Transformationen der Arbeitsgesellschaft – wobei in

erster Linie betriebliche Erfahrungen betrachtet werden (Menz/Nies 2019; Sauer u.a. 2018). Das Konzept der Anspruchsberechtigungserfahrung ist diskriminierungstheoretischen Arbeiten entlehnt (El-Mafaalani u.a. 2017). Demnach wird Diskriminierung vor allem dann öffentlich thematisiert, wenn gegenläufige Erfahrungen vorhanden sind, etwa »mit unproblematischer Zugehörigkeit sowie mit Anerkennung als gleichberechtigte und gleichwertige Individuen« (Scherr/Breit 2020: 66). Fehlen entsprechende Erfahrungen, wird Diskriminierung seltener benannt (El-Mafaalani u.a. 2017; Scherr/Breit 2020). Daher lässt sich empirisch die scheinbar paradoxe Situation beobachten, dass Diskriminierung umso seltener thematisiert werden, je stärker sie Lebensrealitäten prägt (El-Mafaalani u.a. 2017: 50).

Sowohl Ohnmachts- als auch fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen lassen politische Teilhabe unwahrscheinlich werden. Ausgehend von einer kurzen Bestimmung des Begriffs der (Alltags-)Erfahrung wird diese Dynamik im Folgenden anhand von Interviewausschnitten aus den beiden Forschungsprojekten nachgezeichnet.

2.1. Begriff der (Alltags-)Erfahrung

Für den Begriff der Erfahrung sind mit Bollnow (1974) vier Momente charakteristisch. Erfahrung ist *erstens* etwas, was dem Individuum widerfährt: »Der Mensch ist in der Erfahrung dem ausgeliefert, was auf ihn zukommt. Die Erfahrungen dringen auf ihn ein. Er kann sich ihrer nicht erwehren. Er kann auch den Zeitpunkt der Erfahrungen nicht bestimmen. Er muß sie nehmen, wann sie kommen und wie sie kommen« (ebd.: 2). Erfahrung ist *zweitens* von einem Moment des Zufalls geprägt, der »von außen hereinbricht, unvorhersehbar und unberechenbar« (ebd.: 3). Zentral für Erfahrungen ist dabei, dass das, was passiert, nicht dem Erwarteten entspricht: »Erfahrung ist enttäuschte Erwartung« (ebd.: 2). *Drittens* impliziert Erfahrung jedoch auch ein Moment der Regelmäßigkeit. Sie setzt voraus, »daß man die betreffende Enttäuschung zu wiederholten Malen in gleicher Weise erlitten hat, so daß man dahinter eine bestimmte Regelmäßigkeit vermuten kann« (ebd.: 3). *Viertens* steht Erfahrung für einen subjektiven Verarbeitungsprozess, sie ist »Antwort auf eine erlittene Enttäuschung, in der sich die sinnhafte Ordnung wiederherstellt« (ebd.).

Alltagserfahrungen richten den Blick von den betroffenen Individuen und Gruppen aus auf die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die ihren Alltag prägen. Eine erfahrungszentrierte Forschungsperspektive vermeidet dadurch eine individualisierende Engführung der Frage politischer (Nicht-)Beteiligung. Was alltäglich auf den Menschen »eindringt«, ist gesellschaftlich zwar nicht determiniert – da es immer situativ vermittelt

ist –, aber doch vorstrukturiert (Adorno 2020). Erwartungshaltungen und vermutete Regelmäßigkeiten sind ebenso durch die soziale Position in der Gesellschaft – und mit dieser einhergehende wahrscheinliche Erfahrungen – vermittelt wie typische Verarbeitungsmuster von Situationen (Bourdieu 1987). Erfahrungen sind damit gleichzeitig individuell und situativ und gesellschaftlich und strukturell bedingt.

2.2. Ohnmachtserfahrungen

Ohnmachtserfahrungen durchziehen die Interviews beider Forschungsprojekte in vielschichtiger Art und Weise. Gesellschaft wird häufig als unveränderbar erlebt. Individuelle zeitliche und psychische Ressourcen reichen nicht aus, um die Probleme zu bewältigen, denen Geflüchtete alltäglich gegenüberstehen. Ihre Erfahrungen lassen sich in öffentlichen Diskursen nicht artikulieren oder hörbar machen. Ohnmacht wird dabei sowohl situativ erfahren, das heißt als Unfähigkeit, eine konkrete Situation durch eingreifen-des Handeln aktiv zu beeinflussen, als auch systematisch oder strukturell, das heißt als Unmöglichkeit, durch strategisches Handeln die eigene Zukunft zu beeinflussen. Ein typisches Beispiel für situative Ohnmachtserfahrungen ist die folgende Passage, in der ein Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft einen gewaltsamen Übergriff durch Securities beschreibt:

»Die Auseinandersetzung [mit den Securities] ging so weit, dass meine Frau irgendwann auf dem Boden lag. Auch sie wurde mehrfach ins Gesicht geschlagen, an den Haaren gezogen und in den Bauch getreten. Meine Frau wurde krankenhaussreif geprügelt. Alle haben gesagt, sie muss jetzt ins Krankenhaus. Das Problem war aber: Wenn die Flüchtlinge von dort [der Erstaufnahmeeinrichtung] aus den Krankenwagen gerufen haben, waren die nicht bereit zu kommen. Und vom Personal wollte keiner den Krankenwagen rufen. Die Polizei erschien dann vor Ort. Ich bin zu einem Beamten hingegangen und wollte mit ihm sprechen. Er sagte: »Sei still.« Ich habe daraufhin geantwortet: »Warum soll ich still sein? Weil ich ein Flüchtling bin?«, »Ja, weil Sie ein Flüchtling sind. Sei still!«, hat er gesagt.« (Asylsuchender, 29.1.2021)

Die situative Ohnmacht gegenüber der Gewalt durch die Securities wird durch das Personal (»wollte keiner den Krankenwagen rufen«) und die Polizei (»sei still«) verstärkt, während eine eigenständige Lösung der Situation verstellt ist (»Krankenwagen [...] nicht bereit zu kommen«). Strukturelle Ohnmachtserfahrungen treten insbesondere in Zusammenhang mit den bürokratischen Prozeduren des Asylverfahrens auf, in denen sich der Staat als unlesbar, unberechenbar und kaum beeinflussbar erweist (Eule u.a. 2019; Huke 2021b).

Das folgende Beispiel zeigt, wie durch das Asylverfahren eine Sprachlosigkeit auch gegenüber Grundrechtsverletzungen erzeugt wird:

»Wir hörten immer wieder von Vorfällen, dass junge Frauen im Camp, während sie geduscht haben, von den Securities belästigt wurden. Die Duschkabinen hatten keine Tür, sondern nur einen Plastikvorhang, und während die jungen Frauen geduscht haben, haben die Securities da einfach reingeguckt. Die Frauen hatten Angst, sich zu beschweren [...]. Flüchtlinge [...] sind sowieso massiv von der Angst geprägt, dass [...] alles, was sie sagen und machen, gegen sie verwendet werden kann. Die, die wir gefragt haben [...], haben gesagt: ›Wir können uns nicht darüber beschweren, nicht, dass es unserem Asylverfahren schadet.« (Asylsuchender, 29.1.2021)

Der Staat erscheint hier nicht als möglicher Adressat politischer Forderungen, sondern wesentlich als repressiv. Politische Nicht-Teilhabe wird vor diesem Hintergrund strategisch rational, da sie Enttäuschungen verhindert und es vermeidet, dass Ressourcen in eine *erfahrungsgemäß* voraussichtlich wenig erfolgreiche politische Teilhabe (fehl-)investiert werden (Goldthorpe 1998). Die Folge sind Umgangsstrategien mit Alltagsproblemen, die von »achselszuckende[r] Resignation« (Nachtwey 2016) und »erlernte[r] Hilflosigkeit« (Seligman 1972) gekennzeichnet sind. Die folgende Interviewsequenz verdeutlicht, wie Ohnmachtserfahrungen nachfolgende Strategien prägen:

»Was mich richtig ärgert in Kontakt mit der Ausländerbehörde ist, dass ich die Geflüchteten immer wieder ermutige, selbst hinzugehen, wenn ich denke, die sprechen B2, [...] die können [...] sich alleine um ihre Sachen kümmern. Und dann kommen die zurück und sagen: ›Die Frau so und so hat gesagt, sie kann da nichts machen.« Und dann ist klar, wenn ich da noch mal anrufe [...], kann man plötzlich doch was machen. Und [...] das ärgert mich so [...]. Dass die Leute immer wieder die Erfahrung machen: Wenn ich allein hingehe, das reicht nicht, ich brauche jemand Deutsches, haupt- oder ehrenamtlich, egal, dann sind plötzlich Dinge möglich. Die Leute, die wissen das und immer, wenn ich dann sage: [...] ›Geh doch heute allein zum Sozialamt, das kriegst du hin.« ›Nee, komm doch mit.« (Beratungsstelle, 25.9.2018)

Ohnmacht wird hier im oben skizzierten theoretischen Sinne *erfahren*, indem aus wiederholt auftretenden Situationen eine bestimmte Regelmäßigkeit – der eigenen Handlungsunfähigkeit – abgeleitet und zu einer sinnhaften Ordnung verdichtet wird (»die wissen das«). In diesem Zusammenhang wird die Ohnmachtserfahrung normalisiert, während die Strukturen, die

sie hervorrufen, und die mit ihnen verbundenen Formen von Ungleichheit, tendenziell unsichtbar bleiben. Besonders prägnant zeigt diese Dynamik ein Interviewausschnitt, in dem die Bewohnerin einer Erstaufnahmeeinrichtung über ihre Rassismuserfahrungen spricht:

»Wenn ich von hier bis zur Bushaltestelle laufe, werde ich sicherlich Rassismus erleben. Manchmal siehst du nur jemanden, der diesen rassistischen Blick hat. [...] Es ist sehr schwer, wenn dich jemand ansieht, als würdest du hier nicht hingehören. Es ist hart, aber wir finden Wege, wie wir überleben. [...] Am Anfang hat es mich wirklich aufgefressen. Ich habe mich unwohl dabei gefühlt, in Restaurants zu gehen und von diesen Fremden angestarrt zu werden. [...] Ich hatte Angst, in den Bus einzusteigen. Ich muss einfach damit leben [...]. Ich habe nicht die Macht, das zu ändern. [...] Am Anfang war ich so: Warum, warum, warum? Aber es macht keinen Sinn, sich immer wieder diese Frage zu stellen.« (Asylsuchende, 13.11.2020)

Da »die Macht, das zu ändern« fehlt, scheint es sinnlos, die Rassismuserfahrungen (»Warum, warum, warum?«) politisch infrage zu stellen. Daraus resultiert eine resignative Haltung gegenüber entsprechenden Erfahrungen. Konsequenz von Ohnmachterfahrungen ist somit, dass die Betroffenen politisch verstummen: »Manchmal [...] entscheide ich mich einfach, stumm zu bleiben [...], weil wenn du etwas sagst, bedeutet es nichts. Niemand wird dir glauben« (Asylsuchender, 11.12.2020). Die fehlende Anerkennung ihrer Diskriminierungs- und Ungleichheitserfahrungen kann sich für die Betroffenen als Dauerbelastung erweisen (Franklin u.a. 2006; Yeboah 2017). Eine Mitarbeiterin des kommunalen Integrationsmanagements erzählt, sie habe in ihrer Arbeit den Eindruck,

»dass es immer eine Anstrengung bedeutet, eine zusätzliche. [...] Viele, die von Rassismus betroffen sind oder sein können, [versuchen] sich auch besonders unsichtbar zu machen oder devot oder angepasst zu verhalten [...], versuchen dem aus dem Weg zu gehen. Das ist aber eine zusätzliche Anstrengung. Weil artikulieren oder das irgendwo einfordern, eine andere Behandlung, das können sie ja nicht. Sie sind ja nicht diejenigen, die die Regeln bestimmen und das [...] zeigt, dass da natürlich diese Willkür da ist. Wie reagiert jemand? Wer hat die Macht zu entscheiden, wer was getan hat? [...] [W]as wirkt glaubwürdig? [...] Vermeidung [...] [ist] auch kraftraubend [...]. Ständig spielt das mit [...], weil du musst immer gefasst sein, dass was kommt. Und wie gehst du dann damit um, dass du weder dich aufregst noch krank wirst?« (Kommunales Integrationsmanagement, 17.4.2019)

Ohnmacht umfasst hier nicht nur die Schwierigkeit, Rassismuserfahrungen durch eigenes Handeln zu verhindern, sondern auch die fehlende Sichtbarkeit der eigenen Erfahrungen (»Was wirkt glaubwürdig?«).

2.3. Fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen

Im Interviewmaterial beider Forschungsprojekte zeigt sich, dass die depolitisierende Wirkung von Ohnmachtserfahrungen durch fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen verstärkt wird. Da Erfahrungen von Gleichheit und Solidarität alltäglich ausbleiben, nehmen sich Geflüchtete teilweise selbst als »Andere« wahr (Kilomba 2003). Ungleichheitserfahrungen werden von ihnen habitualisiert und erscheinen als normal und kaum hinterfragbar (Bourdieu 1987). Ein typisches Beispiel ist eine Sequenz aus einem Interview mit einer Mitarbeiterin einer Arbeitsrechtsberatungsstelle. Sie berichtet, dass Arbeitsrechtsverletzungen und Diskriminierung im Betrieb von den Ratsuchenden teilweise nicht hinterfragt würden. Ursache sei nach ihrer Einschätzung eine Selbstwahrnehmung als Ausländer, mit denen qua Status anders umgegangen werde:

»[Es sind] so Sachen dann gefallen [...] wie: ›Ja, das machen die, weil wir Ausländer sind.‹ ›Ja, das ist anders für uns als Ausländer.‹ [...] Aber mit so einer Selbstverständlichkeit, so, als wenn das einfach okay wäre und es ist halt so und es wird so hingenommen. [...] Nicht [...]: ›Wir werden diskriminiert, weil wir Ausländer sind und [...] wir machen jetzt was dagegen.‹ Sondern: ›Ja, es ist so, wir sind Ausländer.‹« (Beratungsstelle, 10.10.2018)

Wenn Anspruchsberechtigungserfahrungen fehlen – und mit ihnen Vorstellungen davon, dass es anders sein könnte –, wird gesellschaftliche Ungleichbehandlung zu einer Art Selbstverständlichkeit, die als normal hingenommen wird. Eine mögliche Folge ist ein Rückzug aus gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, so die Erfahrung des Mitarbeiters einer Beratungsstelle:

»Wenn man den Geflüchteten das Gefühl gibt: ›Ihr seid nur Geflüchtete, deswegen ist es in Ordnung, dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, wenn sie sich zurückziehen oder abschotten und nie das Gefühl haben: ›Ich gehöre jetzt dazu, obwohl sie es gerne hätten, weil sie das Gefühl haben, die Gesellschaft will das ja nicht.‹« (Beratungsstelle, 5.12.2018)

Das Gefühl nicht anspruchsberechtigt zu sein, wird dabei durch systematisch wiederholte Ungleichheitserfahrungen produziert, die dazu führen, dass Betroffene »verstehen«, dass für sie gesellschaftliche Gleichheitsversprechen

nicht oder nur begrenzt gelten. Ein Ehrenamtlicher, der Geflüchtete unterstützt, berichtet von einem Fallbeispiel:

»Ich kenne viele Frauen, die Kopftuch tragen. Die haben hier einiges auszuhalten [...]. Auch das eritreische Mädchen [...] hat mir [...] erzählt, dass sie ganz oft den Stinkefinger gezeigt bekommt. Dass sie angeschrien wird. Das hat sie am Anfang nicht verstanden. Mittlerweile versteht sie das.« (Ehrenamtlicher, 4.7.2018)

Die Erfahrung, als »fremd« gelesen zu werden, schreibt sich insbesondere dort in Betroffene ein, wo sie sich häufiger wiederholt und dadurch als systematische Ungleichbehandlung erfahren wird (Scherr/Breit 2020: 54), etwa als Gefühl, nicht gleichberechtigt Teil der bestehenden Aushandlungsprozesse und institutionellen Arrangements der liberalen Demokratie zu sein. Ihre »Anwesenheit bleibt so Ausnahmezustand, ihre Anerkennung immer unter Vorbehalt« (El-Tayeb 2020: 114).

Entsprechende Erfahrungen machen Geflüchtete nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im Umgang mit dem Sozialmanagement in Unterkünften, Behördenmitarbeitenden oder der Polizei (etwa »Ja, weil Sie ein Flüchtling sind.«, siehe oben). Eine Interviewpartnerin erzählt, wie sie von ihrer Ankunft in der Flüchtlingsunterkunft an das Gefühl vermittelt bekommt, nicht anspruchsberechtigt zu sein:

»Am ersten Tag haben sie mich mit in dieses Zimmer genommen, in dem wir zu fünft waren. Es gab nur einen einzigen Schlüssel für die Tür. Ich bin auf die Toilette gegangen und als ich zurückkam war die Tür zugeschlossen. Ich bin deshalb dahin [zum Büro des Sozialmanagements] und war so: »Entschuldigen Sie, kann ich mit Ihnen sprechen?« Und der Typ starrte mich nur an, ohne ein Wort zu sagen. Er machte gerade nichts, trank nur einen Kaffee. Ich fragte noch ein letztes Mal und er hob nur seine Hand so. Im Sinne von: Bleib draußen! Ich blieb dort für 30 Minuten. Dann sagte ich so: »Ich kann nicht länger bleiben. Ich muss sie nur etwas fragen und Sie wissen nicht einmal, was. Ich bin nicht richtig angezogen und Sie wollen, dass ich hierbleibe. Alle kommen einfach vorbei. Ich kann hier so nicht bleiben.« Und er so: »Sie müssen warten, bis ich fertig bin.« Das war mein erster Tag.« (Asylsuchende, 13.11.2020)

Die von ihr beschriebene Abwertung und Ungleichbehandlung (»starrte mich nur an«, »hob nur seine Hand«) ist für sie typisch für ihre alltäglichen Erfahrungen in der Flüchtlingsunterkunft, aber auch in Behörden. Gleichheits- und mit ihnen Anspruchsberechtigungserfahrungen werden im In-

terviewmaterial auch durch vereinzelnde und sozial isolierende Lebensumstände erschwert (z.B. traumatische Erfahrungen im Herkunftsland, den Prozess der Flucht oder das Unterkunft- und Asylsystem in Deutschland oder Sprachbarrieren unter Bewohner*innen von Flüchtlingsunterkünften (Huke 2020). Die räumliche Enge in Flüchtlingsunterkünften wirkt eher trennend als vergemeinschaftend, da sie systematisch Konflikte produziert, wie ein Interviewpartner feststellt:

»Es war wirklich schrecklich. Verschiedene Meinungen, verschiedene Ideen, du wohnst mit anderen Leuten in einem Zimmer, alle wollen zu ihrem Recht kommen. Stell dir vor, jemand öffnet die Tür und knallt sie zu. Die andere Person sagt: »Knall die Tür nicht zu.« Solche alltäglichen Dinge. »Ich hatte hier etwas aufgehoben, dein Kind hat es weggenommen.« Oder: »Du warst zu lange im Bad.« Diese ganzen Sachen, das bringt nur Probleme.« (Asylsuchender, 11.12.2020)

Individuelle Erfahrungen können dadurch nur begrenzt geteilt, gemeinsam reflektiert und in kollektive Forderungen übersetzt werden (Espinar/Abelán 2012).

3. Ein erfahrungs- und gesellschaftszentriertes Erklärungsmodell für politische Ungleichheit

Die in den Interviews sichtbar werdende alltägliche Erfahrung, sich ohnmächtig zu fühlen und nicht anspruchsberechtigt zu sein, hat gravierende Auswirkungen auf politische Gleichheit: Je stärker sie ausgeprägt ist, umso unwahrscheinlicher wird tendenziell politische Partizipation. Die Wahrscheinlichkeit entsprechender Erfahrungen hängt gleichzeitig von der (intersektionalen) sozialen Position in der Gesellschaft ab. Ohnmacht und das Gefühl, nicht anspruchsberechtigt zu sein, sind entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse differenziell verteilt. Sie sind insbesondere in prekären Lebenslagen (Wimbauer/Motakef 2021) wahrscheinlich, die durch multiple Ausgrenzungs- und Diskriminierungsstrukturen und eingeschränkte Ressourcen gekennzeichnet sind. Entsprechende Erfahrungen übersetzen soziale Ungleichheit in politische Ungleichheit: Marginalisierte erfahren sich häufiger als ohnmächtig und seltener als anspruchsberechtigt, während Menschen in privilegierteren sozialen Positionen sich nicht nur als handlungsmächtig, sondern auch als anspruchsberechtigter erleben. Während letztere in der Folge politische Prozesse dominieren, werden die Erfahrungen der ersteren kaum noch in öffentlich artikuliert Forderungen

übersetzt, wodurch die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die ihren Alltag prägen, normalisiert und politisch unsichtbar werden: »Wer re-präsentiert werden will, muss zuerst Präsenz zeigen. Unabhängig davon, ob politische Prozesse deliberativ oder klassisch repräsentativ organisiert sind, liegt darin die Existenzfrage für schwache Interessen« (Ruß 2009: 255f.).

Die im vorliegenden Artikel skizzierte Situation von Geflüchteten ist dabei eine recht spezifische, da dem Aufenthaltsrecht (etwa Erfahrungen mit Behörden) und dem Migrationsregime (etwa der Situation in den Unterkünften) in der Erfahrungswelt eine zentrale Rolle zukommt. Politische Teilhabe ist qua Staatsbürgerschaft stark eingeschränkt (etwa durch die fehlende Beteiligungsmöglichkeit an Wahlen). Trotz dieser Spezifika zeigen sich vergleichbare Wirkungsmechanismen politischer Ungleichheit auch in empirischen Forschungsarbeiten zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. So verweisen etwa Studien zu Alltagserfahrungen und politischer Teilhabe von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten (Bluhm u.a. 2021; Neuhauser u.a. 2021; Voigtländer 2015) oder Menschen mit Rassismuserfahrungen in prekären Lebenslagen (Scherr/Breit 2020) auf ähnliche typische Erfahrungen, beispielsweise dass die Gesellschaft als unveränderbar erscheint, Lebensumstände sozial isolieren, Ressourcen unzureichend sind, eine Selbstwahrnehmung als »Andere« entwickelt wird oder Forderungen öffentlich kein Gehör finden. Auch die strategischen Reaktionen ähneln sich, etwa, dass Menschen mit »achselschüttelnder Resignation« reagieren, ihre Forderungen an vermuteten (sehr begrenzten) Möglichkeiten ausrichten und ihre alltäglichen Erfahrungen nur selten in Forderungen übersetzen (Huke 2020). Der Blick auf »miserable Lebensbedingungen [von Geflüchteten]« (Seukwa 2017: 75) verortet damit über die Erfahrungen der spezifischen Gruppe hinaus »viel über die Natur des Systems« (ebd.: 75).

Die erfahrungs- und gesellschaftszentrierte Perspektive verändert gegenüber individualistischen und systemischen Perspektiven das Verständnis politischer Ungleichheit. Diese erscheint weder allein als Effekt individuell »mangelnder Kompetenzen, Motivations-, Sprach-, Wissensdefizite« (Lösch 2013: 119) noch primär als Folge der »Regeln, [...] spezifischen Sprache und [...] Kultur« (Lösch 2013: 129) sowie der »Teufelskreis[e]« (Schäfer 2015: 89) des politischen Systems. Sie wird vielmehr als Problem durch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse produzierter sozial positionierter Alltagserfahrungen sichtbar. Ressourcen und Kompetenzen spielen für entsprechende Erfahrungen zwar ebenso eine Rolle wie die Nähe oder Distanz zum politischen System. Alltägliche Erfahrungen sind jedoch immer mehr: In ihnen dringt soziale Ungleichheit zunächst gewissermaßen »unvorhersehbar und unberechenbar« (Bollnow 1974: 2) auf Menschen ein, wodurch sie einen

Tabelle 1: Ohnmachts- und fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen als Erklärungsmodell für politische Ungleichheit

	Ohnmachtserfahrungen	Fehlende Erfahrungen, anspruchsberechtigt zu sein
Erfahrungen	»Ich kann nichts tun« »Ich werde nicht gehört« »Ich werde nicht unterstützt« »Wenn ich Forderungen stelle, muss ich Sanktionen fürchten« »Ich werde nicht ernst genommen«	»Es ist normal, dass ich ungleich behandelt werde« »Ich gehöre nicht dazu« »Ich bin fremd« »Ich werde alltäglich abgewertet, angegriffen und bedroht« »Ich werde nicht wie ein Mensch behandelt«
	Gesellschaft wird als unveränderbar erlebt; unzureichende zeitliche und psychische Ressourcen; eigene Erfahrungen sind in öffentlichen Diskursen nicht »sprechbar« (bzw. hörbar zu machen)	Ungleichheit und Diskriminierung erscheinen normal; Selbstwahrnehmung als »Andere«; Vereinzelung als Effekt der Lebensumstände
Folgen für politische Partizipation	»Stumm bleiben«	»Ja, es ist so«
	Politische Nicht-Teilhabe strategisch rational; »erlernte Hilflosigkeit« und »achselszuckende Resignation«; Ungleichheit wird habitualisiert, da Forderungen an Möglichkeiten angepasst werden	Individuelle Erfahrungen werden nicht in kollektive Forderungen übersetzt; Staat erscheint nicht als möglicher Adressat politischer Forderungen; Ungleichheit wird politisch unsichtbar
Folge für politische Gleichheit	Alltägliche Ungleichheitserfahrungen entlang gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse unterlaufen kontinuierlich das Gleichheitsversprechen der Demokratie	

Quelle: Eigene Darstellung

Sinn für ihre soziale Position in der Gesellschaft und damit verbundene vermutete Regelmäßigkeiten entwickeln. Das politische Gleichheitsversprechen wird dabei alltäglich »enttäuscht [...]« (ebd.), was subjektiv relativ wahrscheinlich² darüber verarbeitet wird, dass Ungleichheit habitualisiert wird:

2 Bei den im vorliegenden Artikel empirisch und theoretisch rekonstruierten Beziehungen zwischen Alltagserfahrungen und (ungleicher) politischer Teilhabe handelt es sich »nicht um deterministische, sondern eben nur [um] wahrscheinliche Zusammenhänge« (Scherr 2014: 296). Die »Wirkungsmächtigkeit sozialer Strukturen aufzuzeigen« (ebd.: 295) heißt nicht, davon auszugehen, dass sie in jeder Situation die gleichen Effekte haben oder subjektiv gleich verarbeitet werden. Über einen längeren Zeitraum hinweg wiederholte Ohnmachts- und fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen gehen nicht *notwendig* mit politischer Nicht-Teilhabe einher, sie lassen diese nur *wahrscheinlicher* werden.

Tabelle 2: Erklärungsmodelle für politische Ungleichheit

Perspektive	Individualistisch	Systemisch	Erfahrungs- und gesellschafts- zentriert
Fokus	Individuelle Ressourcen und Kompetenzen	Funktionsprinzipien des politischen Felds bzw. Systems	Alltagserfahrungen
Zentrale Erkenntnis	Für politische Partizipation notwendige individuelle Ressourcen und Kompetenzen sind gesellschaftlich ungleich verteilt	Das politische Feld bzw. System ist sozial selektiv	Ohnmachts- und fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen infolge gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse machen politische Partizipation unwahrscheinlich
Perspektive für politische Gleichheit	Bildung, Kompetenzen erlernen, Empowerment	Kultur und Institutionen des politischen Systems verändern	Gesellschaftliche Ungleichheit in allen Lebensbereichen überwinden

Quelle: Eigene Darstellung

Menschen beginnen, in ihren Handlungen bereits davon auszugehen, dass das Versprechen politischer Gleichheit für sie nicht oder nur sehr begrenzt gilt. Dort, wo Menschen sich alltäglich weder als handlungsfähig noch als anspruchsberechtigt erfahren, wird es rational, sich politisch nicht zu beteiligen. Situative Ohnmachts- und fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen wirken dabei durch ihre subjektive Verarbeitung – in der versucht wird, aus den Erfahrungen eine »sinnhafte Ordnung« (ebd.: 3) zu rekonstruieren – nach: Sie bewirken, dass Menschen in folgenden Situationen ihr Handlungsrepertoire einschränken, um Enttäuschungen zu vermeiden und Ressourcen zu schonen (Huke 2021b: 93ff.). Ohnmacht und fehlende Anspruchsberechtigung in vermeintlich unpolitischen Lebenssituationen – etwa dem Kontakt mit dem Sozialmanagement in einer Flüchtlingsunterkunft – haben dadurch dort, wo sie wiederholt auftreten, Folgeeffekte für politische Teilhabe.

4. Politische Gleichheit als Gesellschaft transformierendes Projekt

Die im Artikel skizzierte erfahrungs- und gesellschaftszentrierte Perspektive auf politische Ungleichheit bietet forschungspraktisch die Möglichkeit, alltägliche Entstehungsbedingungen politischer Ungleichheit an der Schnittstelle struktureller Macht- und Herrschaftsverhältnisse und situativer Erfahrungen zu analysieren. Der Fokus darauf, unter welchen Umständen Handlungsfähigkeit sowie Anspruchsberechtigung alltäglich erfahrbar sind, wirft dabei

nicht nur ein neues Licht auf politische Nicht-Teilhabe von Menschen in prekären Lebenslagen, er ermöglicht es potenziell auch, Handlungsmacht und das (privilegierte) Gefühl der Anspruchsberechtigung derjenigen in den Blick zu nehmen, die politisch aktiv partizipieren. Statt »den betroffenen Individuen und Gruppen zugeschrieben« (Lösch 2013: 119) zu werden, gerät politische Ungleichheit darüber als konflikthafte gesellschaftspolitische Frage in den Blick. Der Fokus auf Ohnmachts- und fehlende Anspruchsberechtigungserfahrungen zeigt, dass politische Ungleichheit nicht unabhängig von den alltäglichen Auswirkungen einer von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogenen Gesellschaft verstanden werden kann.

Werden sozial positionierte Alltagserfahrungen in den Mittelpunkt der Analyse gestellt, verschiebt sich gegenüber politikwissenschaftlich dominanten Perspektiven auf politische Ungleichheit, die wesentlich individuelle Kompetenzen oder Ressourcen sowie institutionelle Verfahrensweisen fokussieren, auch die theoretische Perspektive auf Demokratie: Im Rahmen gesellschaftlicher Verhältnisse, die ohnmächtig machen und Anspruchsberechtigungserfahrungen verweigern, ist politische Gleichheit nicht realisierbar. Das demokratische Versprechen gleichberechtigter politischer Teilhabe wird nicht – oder nur sehr selektiv – eingelöst. Demokratie kann vor diesem Hintergrund nicht als Zustand oder institutionell fixierbare Ordnung gedacht werden, sondern muss notwendig als zukunftsoffenes Projekt der Demokratisierung nicht nur der Institutionen, sondern auch und insbesondere der Ungleichheitsverhältnisse, die den Alltag der Menschen prägen, verstanden werden: Politische Gleichheit zu verwirklichen impliziert immer auch die Notwendigkeit, die Ungleichheitsachsen gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse alltäglich in Frage zu stellen und zu durchbrechen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (2020): Gesellschaft. In: Ders.: Soziologische Schriften 1. Frankfurt/M.: 9-19.
- Ahrens, Petra u.a. (2020): The Post-Quota Gender Gap: Standard Explanations. In: Dies. (Hg.): Gender Equality in Politics. Cham: 39-51. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-34895-3_4.
- Bieling, Hans-Jürgen / Huke, Nikolai (2021): Gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation. Konflikte um Flucht aus demokratietheoretischer Perspektive. In: Dinkelaker (2021): 23-46. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839454145-002>.
- Bluhm, Felix u.a. (2021): Hinter den Kulissen des Erfolgs. Eine qualitative Untersuchung zu Ausbildung und Erwerbsarbeit von Geflüchteten in der Arbeitswelt. URL: <https://sofi.uni-goettingen.de/>, Zugriff: 27.4.2022.
- Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. URL: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/>, Zugriff: 20.11.2020.
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: APuZ (1-2): 18-25.
- Bollnow, Otto Friedrich (1974): Was ist Erfahrung? URL: <https://bollnow-gesellschaft.de/>, Zugriff: 14.6.2022.

- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- Dinkelaker, Samia u.a. (Hg.) (2021): Nach der »Willkommenskultur«. Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783839454145>.
- DUDEN (2021): Ohnmacht, die. URL: <https://www.duden.de/>, Zugriff: 9.7.2021.
- Dutta, Mohan / Pal, Mahuya (2010): Dialog Theory in Marginalized Settings: A Subaltern Studies Approach. In: *Communication Theory* 20(4): 363-386. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1468-2885.2010.01367.x>.
- El-Mafaalani, Aladin u.a. (2017): Rassistische Diskriminierung aus der Erlebensperspektive: Theoretische Überlegungen zur Integration von sozialer Ungleichheits- und Diskriminierungsforschung. In: Fereidooni, Karim/El, Meral (Hg.): *Rassismuskritik und Widerstandsformen*. Wiesbaden: 47-60. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-14721-1_3.
- Elsässer, Lea (2018): Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt/M.
- El-Tayeb, Fatima (2020): Nach der Krise ist vor der Krise: Rassismus und Teilhabe in einer postpandemischen Welt. In: *Bürger & Staat* 70(3): 114-119.
- Engels, Dietrich (2004): Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft. URL: <https://www.isg-institut.de/>, Zugriff: 3.11.2020.
- Espinar, Ramón / Abellán, Jacobo (2012): »Lo llaman democracia y no lo es«. Eine demokratietheoretische Annäherung an die Bewegung des 15. Mai. In: *PROKLA* 166 42(1): 135-149. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v42i166.22>.
- Eule, Tobias G. u.a. (2019): Migrants Before the Law. Contested Migration Control in Europe. Cham. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-319-98749-1>.
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783839442630>.
- Franklin, Anderson J. u.a. (2006): Racism and Invisibility. In: *Journal of Emotional Abuse* 6(2-3): 9-30. DOI: https://doi.org/10.1300/J135v06n02_02.
- Geiling, Heiko (2013): Habitus und Politik: Zum Habituskonzept in der Politikwissenschaft. In: Lenger, Alexander u.a. (Hg.): *Pierre Bourdieus Konzeption des Habitus. Grundlagen, Zugänge, Forschungsperspektiven*. Wiesbaden: 361-376. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-18669-6_19.
- Goldthorpe, John H. (1998): Rational Action Theory for Sociology. In: *The British Journal of Sociology* 49(2): 167-192. DOI: <https://doi.org/10.2307/591308>.
- Huke, Nikolai (2016): Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen. Münster.
- (2017): »Sie repräsentieren uns nicht.« Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien. Münster.
 - (2020): Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen. Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation. In: Appel, Margit u.a. (Hg.): *Stimmen gegen Armut. Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden*. Norderstedt: 193-201.
 - (2021a): »Bedeutet unser Leben nichts?« Erfahrungen von Asylsuchenden in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie in Deutschland. URL: <https://www.proasyl.de/>, Zugriff: 14.07.2022.
 - (2021b): Ohnmacht in der Demokratie. Das gebrochene Versprechen politischer Teilhabe. Bielefeld.
 - (2021c): Subalterne Proteste. Konflikte in deutschen Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie. In: *Redaktion Corona-Monitor* (Hg.): *Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie*. Wien: 106-122.
- Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: *ApuZ* (1-2): 13-18.

- Kilomba, Grada (2003): Die Kolonisierung des Selbst – der Platz der Schwarzen. In: Steyerl, Hito / Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: 146-165.
- Klatt, Johanna / Walter, Franz (2014): Entbehrliche Der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld.
- Klinger, Cornelia u.a. (Hg.) (2007): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität. Frankfurt/M./New York.
- Laurison, Daniel (2015): The Willingness to State an Opinion: Inequality, Don't Know Responses, and Political Participation. In: Sociological Forum 30(4): 925-948. DOI: <https://doi.org/10.1111/socf.12202>.
- Lösch, Bettina (2013): Jugendproteste als Form politischer Artikulation. Wer partizipiert an Demokratie und wer ist berechtigt zur Politik? In: Bukow, Wolf-Dietrich u.a. (Hg.): Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: 107-131. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-19843-9_5.
- Mann, Michael (1970): The Social Cohesion of Liberal Democracy. In: American Sociological Review 35(3): 423-439. DOI: <https://doi.org/10.2307/2092986>.
- Menz, Wolfgang / Nies, Sarah (2019): Marktautoritarismus und abgewehrte Fragilität von Leistung. Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In: Book, Carina u.a. (Hg.): Alltägliche Grenzziehungen. Münster.
- Moosdorf, Daniel (2020): Kritik an sozialer Ungleichheit – Macht politisches Wissen den Unterschied? In: Tausendpfund, Markus / Westle, Bettina (Hg.): Politisches Wissen in Deutschland. Wiesbaden: 165-197. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-30492-8_6.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin-Berlin.
- Neuhauser, Johanna u.a. (2021): Als ich diese Halle betreten habe, war ich wieder im Irak. Migrantische Systemerhalter_innen bei Hygiene Austria und der Post AG. URL: <https://wien.arbeiterkammer.at/>, Zugriff: 28.4.2022.
- Ottersbach, Markus (2015): Soziale und ethnische Diskriminierung im demokratischen System Deutschlands. In: Eigenmann, Philipp u.a. (Hg.): Migration und Minderheiten in der Demokratie. Politische Formen und soziale Grundlagen von Partizipation. Wiesbaden: 289-304. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-04031-4_14.
- Ruß, Sabine (2009): Geschichten eines Erfolgs? Die Repräsentation von Wohnungslosen in Frankreich und den Vereinigten Staaten. In: Linden, Markus / Thaa, Winfried (Hg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden: 235-257. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845215778-234>.
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M./New York.
- (2019): Demokratie und Geschlecht. Ansätze einer staatstheoretisch-materialistischen feministischen Demokratietheorie. In: Daellenbach, Ruth u.a. (Hg.): Reclaim Democracy. Zürich: 58-65.
 - / Wöhl, Stefanie (2012): Demokratie und Geschlecht. In: Mörschel, Tobias (Hg.): Demokratie in Deutschland. Zustand - Herausforderungen - Perspektiven. Wiesbaden: 341-361. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-94305-3_16.
- Sauer, Dieter u.a. (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg.
- Schäfer, Armin (2013): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum ungleiche Beteiligung der Demokratie schadet. In: Armington, Klaus (Hg.): Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie. Wiesbaden: 547-566. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-01853-5_31.
- (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt/M.

- Scherr, Albert (2014): Unwahrscheinliche Bildungsprozesse. Über die Grenzen reproduktionstheoretischer Erklärungsansätze und den Erkenntnisgewinn soziologischer Subjekttheorien in der ungleichheitsbezogenen Bildungsforschung. In: Bauer, Ullrich u.a. (Hg.): *Expansive Bildungspolitik – Expansive Bildung?* Wiesbaden: 291-310. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-06669-7_14.
- (2015): Migration, Menschenrechte und die Grenzen der Demokratie. In: Eigenmann, Philipp u.a. (Hg.): *Migration und Minderheiten in der Demokratie. Politische Formen und soziale Grundlagen von Partizipation*. Wiesbaden: 45-62. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-04031-4_3.
 - / Breit, Helen (2020): Diskriminierung, Anerkennung und der Sinn für die eigene soziale Position. Wie Diskriminierungserfahrungen Bildungsprozesse und Lebenschancen beeinflussen. Weinheim.
- Seligman, Martin E. P. (1972): Learned Helplessness. In: *Annual Review of Medicine* 23: 407-412. DOI: <https://doi.org/10.1146/annurev.me.23.020172.002203>.
- Seukwa, Louis Henri (2017): Handlungsfähigkeit und Heteronomie – eine kompetenztheoretische Perspektive auf fluchtmigrationsbedingte Bildungsdiskontinuitäten. In: Bröse, Johanna u.a. (Hg.): *Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit*. Wiesbaden: 73-93. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-17092-9_5.
- Singer, Theresa (2019): Wer vertritt hier wen? Die Migrationsgesellschaft spiegelt sich in den Parlamenten nicht wider (28.8.2019). URL: <https://heimatkunde.boell.de/>, Zugriff: 2.9.2020.
- Visser, Vivian / Koster, Willem de / van der Waal, Jeroen (2021): Understanding less-educated citizens' (non-)participation in citizens' initiatives: Feelings of entitlement and a taste for politics. In: *Current Sociology* (Online First). DOI: <https://doi.org/10.1177/00113921211024700>.
- Voigtländer, Leiv Eirik (2015): Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839431351>.
- Volkert, Jürgen (2008): Die Wiederentdeckung des Reichtums. In: Sanders, Karin / Weth, Hans-Ulrich (Hg.): *Armut und Teilhabe. Analysen und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit*. Wiesbaden: 43-60. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-90928-8_4.
- Weßels, Bernhard (2002): Wählen und politische Ungleichheit: Der Einfluss von individuellen Ressourcen und politischem Angebot. In: Fuchs, Dieter u.a. (Hg.): *Bürger und Demokratie in Ost und West*. Wiesbaden: 145-168. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-89596-7_8.
- Wimbauer, Christine / Motakef, Mona (2021): Prekäre Arbeit, prekäre Anerkennung, prekäre Lebensverhältnisse – Zur erweiterten Analyse vergeschlechtlichter Ungleichheiten in pandemischen Zeiten. In: Hoffmann, Rasmus u.a. (Hg.): *Ungleichheit, Individualisierung, Lebenslauf*. Wiesbaden: 165-186. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-34223-4_8.
- Winker, Gabriele / Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783839411490>.
- Winter, Thomas von (1997): »Schwache Interessen«: Zum kollektiven Handeln randständiger Gruppen. In: *Leviathan* 25(4): 539-566.
- Yeboah, Amma (2017): Rassismus und psychische Gesundheit in Deutschland. In: Fereidooni, Karim/El, Meral (Hg.): *Rassismuskritik und Widerstandsformen*. Wiesbaden: 143-161. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-14721-1_9.